

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

spd/III/69

Hannover, 11. Juni 1948

Über das Wahlrecht.

Von Dr. Walter M e n z e l , Düsseldorf

Die Auseinandersetzungen über unser künftiges Wahlrecht geraten in die Gefahr, eine Angelegenheit des Rechenstifts zu werden. Im Mittelpunkt des politischen Lebens aber steht nicht die wesenlose Zahl, sondern der Mensch. Der einzelne Wähler bildet die Keimzelle des politischen Lebens, und die Frage ist, wie der durch die Wahlen zum Ausdruck gekommene politische Wille des Volkes richtig ermittelt und vernünftig ausgewertet werden kann.

Zwei in erster Linie zu entscheidende Probleme tauchen dabei auf: die Frage der politischen Gleichberechtigung des Einzelnen und die Frage nach der Trägerschaft der politischen Willensbildung und Betätigung. Die Gleichheit des einzelnen, entstanden aus dem Kampf um die Grund- und Freiheitsrechte, hat sich später, vor allem bei den Revolutionen, in eine Forderung nach der Gleichheit des Einzelnen bei der politischen Willensbildung seines Volkes umgewandelt. Sie war neben dem Postulat der Freiheit des Einzelnen die wesentliche Grundlage der politischen Kämpfe in den letzten Jahrhunderten und beide stellen die Fundamente unserer modernen Demokratie dar. Kein Wahlrecht sollte daher diese Grundsätze antasten dürfen.

Diese Gleichheit bei der politischen Willensbildung bedeutet nicht nur Gleichheit bei der Stimmabgabe, sondern vor allem bei ihrer Auswertung. Denn erst sie gibt die gerechte Grundlage für die entscheidende Umsetzung der politischen Ideen in die Realität des täglichen Lebens.

Dieses Postulat der Gleichheit wird aber bei dem reinen Mehrheitswahlrecht nicht gewährleistet. Hier werden die Stimmen verschieden gewogen. Es bleiben häufig 30 bis 40% der in einem Wahlkreis abgegebenen Stimmen völlig unberücksichtigt, und der Kandidat des einen Wahlkreises braucht vielfach nur die Hälfte der Stimmen aufzubringen wie der Abgeordnete eines anderen. Dies muss die politi-

sche Gleichgültigkeit grösserer Teile der Wählerschaft vermehren. Demgegenüber gibt das reine oder modifizierte Verhältniswahlrecht jedem Wähler die Sicherheit, dass seine Stimme auch dann nicht verlorengeht, wenn das Schicksal seiner Stimmabgabe nicht den Zufälligkeiten eines Einzelwahlkreises unterliegt.

Es ergibt sich sodann die Frage, wie das jeweilige Wahlergebnis realisiert werden soll. Die politische Willensbildung kann nur dann in die Tat umgesetzt werden, wenn alle freiheitlich und demokratisch gesinnten politischen Kräfte gesammelt werden. Zu einer solchen Sammlung der Kräfte gehört ein Träger. Ob man ihn als Partei, als politische Gesinnungsgemeinschaft oder dergleichen bezeichnet, erscheint unerheblich. Entscheidend ist, dass ohne eine organisatorische Zusammenfassung die Einflussnahme des Volkes auf die politische Gestaltung des öffentlichen Lebens gar nicht möglich ist. Wer etwas Besseres an die Stelle der Parteien zu setzen weiss, sage das; erst dann wird seine Kritik an den Parteien fruchtbar.

Diese Auffassung besagt nichts gegen die Notwendigkeit, auch bei den Wahlen die Persönlichkeit hervorzuheben. Aber man überschätze diese Forderung nicht. Es gibt viele Männer, deren Sachkenntnis, deren ruhige und ausgeglichene Persönlichkeit einen Gewinn für jedes Parlament bedeuten würde, die jedoch der Atmosphäre eines Versammlungssaales nicht gewachsen sind. Wenn man den Landtagen so häufig vorwirft, dass zuviel geredet und nicht genügend gehandelt werde, dann hat dies seinen Grund darin, dass die Abgeordneten sich den Methoden einer Wahlversammlung nicht so leicht entschöhnen können und sie auf den Landtag übertragen. Diese üblen Gewohnheiten sollte man bekämpfen, wo immer es möglich ist, so auch durch die Form eines richtigen Wahlsystems. Eine solche Möglichkeit gibt das Mehrheitswahlrecht kaum.

Da sind ferner die Frauen, denen die Sozialdemokratie die politische Gleichberechtigung und damit das Wahlrecht erkämpft hat. Ein Drittel der arbeitsfähigen Männer hat der Krieg verschlungen und an ihre Stelle werden die Frauen treten. Kann man sie von den Möglichkeiten der aktiven Beteiligung am politischen Leben ausschalten? Dies würde durch ein reines Mehrheitswahlrecht geschehen. Der Frau liegt es nicht, in grossen Versammlungen unter Aufwendung der letzten physischen Kräfte vor die meist subjektiv eingestellten kritischen Blicke der Männer und ihrer eigenen Geschlechtsgenossinnen zu treten, um einen Wahlkreis zu erobern. Der politische Kampf ist überall hart. Gerade deshalb sollten wir darauf Wert legen, in die Parlamente die Frau mit ihren weiblichen Attributen hineinzunehmen. Wer könnte besser als sie den allumfassenden Bereich der sozialen Nöte unseres Familienlebens mit Rat und Tat meistern?

Ein Listenwahlrecht gibt viel eher als ein reines Mehrheitswahlrecht die Möglichkeit, Frauen oder Männer in die Parlamente zu bekommen, die als Persönlichkeiten des geistigen, kulturellen oder allgemein-politi-

schon Lebens anzusprechen und nicht so sehr Menschen mit technisch-propagandistischen Begabungen sind.

Es ist ferner notwendig, mit einem weiteren Irrtum aufzuräumen, der immer wieder gegen ein Verhältniswahlrecht vorgebracht wird, nämlich der Hinweis auf die Vielzahl der Parteien vor 1933 und die Behauptung, die Weimarer Republik sei an seinem Wahlsystem zugrundegegangen. Der Reichstag von 1932 wies sieben Parteien, der nach den Grundsätzen des reinen Mehrheitswahlrechts von 1914 jedoch elf Parteien auf. Dass die kleinen Parteien die klaren Linien einer politischen Entwicklung, vor allem einer festen Regierungspolitik erschweren können und auch in der Vergangenheit häufig bis zur Unerträglichkeit gestört haben, wird niemand bezweifeln. Ihre Ausschaltung ist aber bei beiden Wahlsystemen im gleichen Umfange durch einige wahltechnische Bestimmungen sehr leicht möglich.

Man darf ferner nicht übersehen, dass bei grossen Wählermassen das politische Bekenntnis Modifizierungen unterworfen ist, ehe es einen endgültigen Ruhepunkt gefunden hat. Beispielsweise werden sich viele Menschen nicht zu einem Überganglosen vollen Schwenken aus den rechtsbürgerlichen in die sozialistischen Parteien entschliessen können. Als sogenannte "Zwischeninstanz" werden Hunderttausende von Wählern sich zunächst linker bürgerlicher Parteien bedienen. Damit umfasst die Frage des Wahlsystems nicht nur ein Problem der politischen Erziehung der Wähler, sondern zugleich auch die Konstruktion eines Instrumentes zur Erringung der politischen Macht.

Entscheidend sollte für alle Überlegungen sein, dass das Wahlrecht dazu beitragen muss, eine lebendige Demokratie zur Entfaltung zu bringen. Dazu gehört die Schaffung möglichst stabiler Regierungsverhältnisse. Die Vertreter des Mehrheitswahlrechts glauben, dass nur ihr System eine solche Garantie biete. Die Erfahrungen der Schweiz, Norwegens, Dänemarks und Schwedens (um nur einige Beispiele zu nennen) beweisen das Gegenteil. Und statt vieler theoretischer Gegengründe sei darauf hingewiesen, dass bei den kürzlichen afrikanischen Wahlen die Unionspartei Smuts ca. 520.000, die gegnerischen Nationalisten Dr. Malans nur 400.000 Stimmen erhielten, dass aber das Mehrheitswahlrecht zu dem völlig verkehrten Ergebnis führte, dass die Minderheit der Wähler die Mehrheit der Kandidaten stellte und damit die Regierung allein zu bilden hat. Ich glaube nicht, dass eine solche Regierung als stabil zu betrachten ist. Die Stabilität einer Regierung soll zwar nicht durch ein fehlerhaftes Wahlrecht beeinträchtigt werden, aber diese Stabilität hängt letztlich von der breiten Grundlage und Resonanz der Regierungspolitik bei den Wählern selbst ab. Was nützt auf Grund einer besonderen Wahlmathematik eine Art "Scheinmehrheit", d.h. eine Mehrheit im Parlament, ohne dass dieses Parlament auf der Mehrheit der Wählerstimmen beruht.

Für uns Sozialdemokraten kommt hinzu, dass die Durchsetzung unserer Prinzipien uns in einem viel stärkeren Masse Gagner schaffen wird, als es bei dem Siege einer bürgerlichen Partei gegenüber einer anderen

11. Juni 1948

bürgerlichen Partei der Fall wäre. Hängt aber die Verteilung der Mandate und damit die Bildung einer Regierungsgewalt, wie bei dem Mehrheitswahlrecht von der Möglichkeit einer kleinen Stimmungs- und damit entscheidenden Stimmenverschiebung ab, dann erscheinen mir diese Grundlagen für eine dauerhafte sozialistische Politik als zu labil, um unsere Politik unnötigen Experimenten auszusetzen.

Diese Überlegungen sollten der Notwendigkeit einer Synthese zwischen dem reinen Verhältnis- und dem reinen Mehrheitswahlrecht dienen. Eine solche Synthese scheint mir darin zu liegen, dass wir zwar von den relativen Mehrheiten der einzelnen Wahlkreise ausgehen, aber durch eine Gesamtliste einen allgemeinen Ausgleich und damit vor allem herbeiführen, dass keine der abgegebenen Wählerstimmen unberücksichtigt unter den Tisch fällt. (b/B52a/106/2/he)

Der Vorsitzende der Labour Party

sp. Am 5. Juli treten in England fünf neue Gesetze in Kraft: das Gesetz der Nationalen Versicherung, das Gesetz des Nationalen Gesundheitsdienstes, das Betriebsunfall-Gesetz, das Nationale Unterstützungsgesetz und das Kinder-Gesetz, das von seinem Schöpfer als Charta der verlorenen Kinder charakterisiert wurde. Diese fünf neuen Gesetze bedeuten nicht nur einen Meilenstein in der englischen Sozialgesetzgebung. Ihr Inkrafttreten macht den 5. Juli 1948 auch zum stolzesten Tag des englischen Ministers für Sozialversicherung, Jim Griffith, der auf dem Parteitag der Labour Party in Scarborough zum ersten Vorsitzenden der englischen Arbeiterpartei gewählt worden war und damit eine Anerkennung seiner konsequenten Sozialpolitik erfahren hat.

"Jim", wie ihn die Kumpels aus Wales auch heute noch nennen - ein Zeichen, dass der Sohn eines Dorfschmiedes aus Südwales, der 17 Jahre als Bauer unter Tage arbeitete, auch als Minister einer der ihren geblieben ist - "Jim" also kann sich mit Fug und Recht als den Vater und Schöpfer dieses grössten gesetzlichen Sozialwerkes der englischen Geschichte bezeichnen. Als er mit 13 Jahren erstmals ins Bergwerk einfuhr, lernte er an eigenen Leibe die unerträglichen Arbeitsbedingungen in den englischen Kohlengruben kennen, die alljährlich Tausende als Opfer der Lungenschwindsucht forderten. Von diesem Tage ab kämpfte Jim Griffith einen nimmermüden Kampf um die Verbesserung der sozialen Verhältnisse in der englischen Arbeiterschaft und um ihre Befreiung von der Angst um die Zukunft. Jim Griffith weiss aus eigener Erfahrung, um die seelische Not des zur Untätigkeit gezwungenen Erwerbslosen. Er stand selbst in den langen Schlangen der Arbeitslosen, als in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg fast sämtliche Gruben in Wales geschlossen wurden, er hat jahrelang in bitterster Armut miterlebt, mit welcher Verbissenheit sich die englischen Kohlenbarone jeglichem sozialen Fortschritt entgegenstemmten. So sagte er von Jugend an dem Kapitalismus einen unerbittlichen Kampf an und dieser Parole blieb Jim Griffith bis auf den heutigen Tag treu.

Wie Morgan Philips, der Parteisekretär der Labour Party, der ebenfalls als Kumpel begonnen hat, schloss sich auch "Jim" frühzeitig der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung an. Als 17-jähriger fungierte er bereits als Sekretär des Ortsvereins der Unabhängigen Labour Party; zehn Jahre später war er Sekretär der Gewerkschaft in Ammonford und 1919 ermöglichte ihm ein Stipendium, den Schacht mit der Schulbank zu vertauschen und am Londoner Labour College zu studieren. Seine junge Frau nahm gleichzeitig eine Stelle als Servierfräulein in einem Londoner Teehaus an, um die Kosten des Aufenthaltes zu verringern. Nach Beendigung seines Studiums arbeitete Jim Griffith ein weiteres Jahr im Bergwerk, zugleich aber suchte er in Abendkursen seine wirtschaftlichen Kenntnisse zu erweitern. 1934 wurde er zum Vorsitzenden der Bergarbeitergewerkschaft von Südwales und zwei Jahre später mit grosser Mehrheit für den Wahlbezirk Llanelly ins Unterhaus gewählt. Dazwischen lag ein erster grosser Erfolg: Nach schweren Kämpfen mit den Unternehmern war den Bergarbeitern von Wales die erste Lohnerhöhung seit dem Jahre 1926 gelungen.

Jim Griffith ist kein Freund grosser Gestein. Er ist wortkarg und nicht sehr zugänglich, wie alle Kumpels. Aber ein Mann, der weiss, was er will und der unbeirrbar den eingeschlagenen Weg fortsetzt. Der Erfolg ist ihm nicht versagt geblieben. (b/A98/106/2/ae)

Der Zustand Schumachers

sp. Die einer übertriebenen Sozialistenfreundschaft gewiss unverdächtige "Wirtschaftszeitung" beschäftigte sich kürzlich mit der 25-jährigen Tradition der amerikanischen Wochenschrift "Time", auf ihrem Blatt das Bild eines bekannten Zeitgenossen und im Innern einen tragenden Aufsatz über ihn zu veröffentlichen. Seit dem Ende des Krieges hat "Time" in dieser Weise keines lebenden Deutschen mehr gewählt und die "Wirtschaftszeitung" fragt: "Welchen Deutschen sollten sie nehmen?" In der Regel kenne man im Ausland das Staatsoberhaupt und den Regierungschef des Landes, auch noch den einen oder anderen Minister. Nichts davon gelte für das heutige Deutschland. Unter den Parteiführern sei am nächsten noch Schumacher zu nennen. Und Clay war es, der vor einiger Zeit sein Bedauern darüber aussprach, dass Schumacher gegenwärtig der politischen Arena fern bleiben müsse. Die Sorge um Schumacher geht weit über die Grenzen der sozialdemokratischen Partei hinaus.

Ohne jeden parteipolitischen Lokalpatriotismus wird man in der Tat sagen dürfen, dass die Nachricht über die schwere Operation, der sich Dr. Schumacher hat unterziehen müssen, stärkster allgemeiner Anteilnahme begegnet. Für die Sozialdemokraten trat neben das herzliche Mitgefühl die Besorgnis um den sicher noch für längere Zeit unvermeidlichen Ausfall dieses Mannes im politischen Leben, das heute mehr denn je zuvor Kampf ist. Man verehrt oder bekämpft ihn, aber man bleibt von der Stärke seiner Persönlichkeit als Politiker wie als Mensch nicht unberührt. Seit dem Ende des Krieges hat Deutschland

noch nie vor so wichtigen Entscheidungen gestanden wie in diesen und den kommenden Wochen. Zwar nahm Dr. Schumacher bis kurz vor seiner Operation durch ständigen regelmässigen Gedankenaustausch mit seinen engsten Mitarbeitern sehr aktiven persönlichen Anteil an der politischen Entwicklung. Selbstverständlich bleibt aber die Bindung an das Krankenzimmer für einen Mann von der politischen Leidenschaft Schumachers eine quälende Last, die bitterer empfunden wird als der heftigste körperliche Schmerz.

Man hofft, dass die Operationswunde Dr. Schumachers in zehn bis zwölf Tagen geschlossen sein wird. Die Operation selbst war schwerer als vorausgesehen, sie dauerte über drei Stunden, aber das Herz bestand die Belastung besser als erwartet. Der Zustand Schumachers bleibt ohne Zweifel ernst. Das Optimum der Erwartung bleibt, dass er am kommenden Parteitag wieder teilnehmen kann, obwohl er sich dann nicht so stark exponieren dürfte, wie es seinem Temperament entspricht.
(m/1/116/2/he)

Die Betriebsratswahlen im Düsseldorfer Innenministerium

sp. Bei den Betriebsratswahlen im Innenministerium in Düsseldorf erzielte die SPD fünf von sieben Mandaten. Ein weiteres Betriebsratsmitglied steht der SPD nahe, das letzte Mitglied ist, wenn überhaupt parteipolitisch gebunden, seiner inneren Einstellung nach auch sozialistisch (linker Flügel der CDU). (96:BL/2/he)

Er hat genug von der SED

sp. Wilhelm Buch, ein alter Sozialdemokrat, von den Nationalsozialisten wiederholt verhaftet, Mitglied des Parteivorstandes der SED bis September 1947, 1946/47 Generaldirektor der Provinzialbetriebe Brandenburg und anschliessend Direktor der Industrieverwaltung in Sachsen, ist in die Westzone geflüchtet und zur SPD zurückgekehrt. Seinen Entschluss begründet er in einer Erklärung, der wir u.a. entnehmen:

"Als nach dem Zusammenbruch 1945 der Berliner "Zentralausschuss der SPD" im Sinne der Einheit wirkte, da war es für mich selbstverständlich, wieder in den vordersten Reihen den Kampf für die sozialistische Bewegung aufzunehmen. Die zweijährige Tätigkeit in der Ostzone hat mir gezeigt, dass das, was ich nicht glauben konnte, bittere Wahrheit geworden ist. Die KPD hat im Auftrage Moskaus, im Interesse der russischen Aussenpolitik, den ehrlichen Willen der deutschen Arbeiterschaft zur Zusammenarbeit benutzt, um in einem grossangelegten Betrug und mit der wohlwollenden Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht diesen Willen und die Hoffnung der deutschen Arbeiterschaft für ihre eigenen Zwecke auszunützen. Vor der "Vereinigung" der SPD angehört zu haben, ist heute in der Ostzone schlimmer als SA-Sturmführer gewesen zu sein. Wenn ein jahrzehntelanger Sozialdemokrat heute auch nur den geringsten Kontakt mit alten politischen Freunden in Berlin oder in den Westzonen aufnimmt, dann wird er als "Schumacher-Agent", als "Spion des amerikanischen Imperialismus" verfolgt, bespitzelt und eingekerkert. Hieraus erklärt sich auch die gesamte katastrophale Politik der SED in den zwei Jahren ihres Bestehens". (m/Bl/116/2/he)

Verantwortlich: Peter Raunau